

## 7. Positionierungen in der Gesprächssituation

Um die Perspektiven der Bürgermeister:innen differenziert nachvollziehen zu können, wird nochmals auf die Corona-Pandemie eingegangen. Im Kontext der Pandemie-Situation wurden bereits die unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunktsetzungen und Problemwahrnehmungen herausgearbeitet (siehe Kap. 4.2.1). In diesem Kapitel stehen die Intensitäten und Tonlagen im Fokus, mit denen die Gesprächspartner:innen ihre Positionen vortragen. So fällt bereits in den skizzierten Gesprächen mit den Bürgermeister:innen 1 und 2 auf (siehe Kap. 3.3.1), dass sich BM1 persönlich mit den Maßnahmen der Regierung unzufrieden zeigt („ich bin auch nicht unbedingt ähm zufrieden mit allen ähm Maßnahmen, die ähm die / die Regierung getroffen hat“; Pos. 18). Dagegen äußert sich BM2 sachlicher und zeigt Verständnis für die übergeordneten Verantwortungsträger:innen, da die Pandemie-Situation für alle neu ist („dass die größte Herausforderung darin besteht, dass es eigentlich keine Erfahrungswerte gibt“; Pos. 2). Die Gespräche zeigen, dass die Corona-Pandemie qualitativ unterschiedliche perspektivische Positionierungen hervorruft. Im Folgenden werden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der argumentativen Haltungen der Gesprächspartner:innen strukturiert herausgearbeitet. Zunächst wird erfasst, inwiefern die Corona-Pandemie als Belastung wahrgenommen wird (7.1). Anschließend wird darauf eingegangen, welche Erzählperspektiven erkennbar werden (7.2).

### *7.1 Wahrgenommene Belastung in der Corona-Pandemie*

Deutlich wird, dass die persönliche Belastung durch die Corona-Pandemie von den Protagonist:innen sehr unterschiedlich wahrgenommen und beschrieben wird. Insbesondere die Bürgermeister:innen 1, 3, 6, 7, 9, 11 und 14 empfinden eine hohe persönliche Belastung:

11: [...] letzte Woche war es mir nicht zu lachen, weil wir die wutentbrannten Eltern hier stehen hatten ne, so da heißt es nämlich nicht ähm die Verordnung ist falsch, sondern die sagen hier, Bürgermeister du bist zu doof [...] (BM11, Pos. 106)

BM11 sieht sich im Kontext der Corona-Pandemie einer hohen Belastung ausgesetzt, da „wutentbrannte[...] Eltern“ BM11 für „zu doof“ halten und als Bürgermeister:in für Verordnungen und Maßnahmen verantwortlich machen. Aufgrund dieser Konfrontation und der Umstände, die im Gespräch geschildert werden, kann auf eine hohe Belastung bei BM11 geschlossen werden („war es mir nicht zu lachen“). Sie basiert auf dem Dilemma, als Bürgermeister:in die zugewiesenen Verordnungen gegenüber den aufgebracht und verärgerten Bürger:innen durchsetzen und verteidigen zu müssen. Es stellt eine hohe und auch persönliche Belastung dar, wenn die lokalen Verantwortungsträger:innen von den Bürger:innen für Missstände verantwortlich gemacht werden, die jenseits der eigenen Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten liegen. Besonders die Durchsetzung von Maßnahmen in den kommunalen Betreuungseinrichtungen führt dazu, dass sich die Bürgermeister:innen Frust und „Beschimpfungen“ (BM6, Pos. 116) ausgesetzt sehen. Die Corona-Pandemie verschlechtert nach Ansicht der Bürgermeister:innen das Verhältnis zu den Bürger:innen, außerdem wird der Arbeitsaufwand durch zusätzliche Verwaltungstätigkeiten erhöht:

3: [...] speziell jetzt auch das Thema Notbetreuung wieder, wo auch Eltern dann viel anrufen [...] die rufen ja dann bei mir an // I: mhm ja ja // sind wir noch / ja, wie können wir das jetzt schaukeln, ne, und da (räuspern) ja es ist halt jetzt schon ähm (...) gewissermaßen bisschen schwierige Zeit [...] (BM3, Pos. 23)

Die Corona-Pandemie wird von BM3 als eine „schwierige Zeit“ dargestellt, was auf eine hohe Belastung schließen lässt. Besonders die Organisation der Notbetreuung in den kommunalen Betreuungseinrichtungen bedeutet einen klaren Mehraufwand und zusätzliche Verwaltungstätigkeiten, so müssen etwa durch häufige Telefonate und Gespräche mit den Eltern verschiedenste Probleme bewältigt werden. Besonders in der kleinen Kommune mit einer kleinen Kommunalverwaltung sieht sich BM3 direkt den Bürger:innen gegenüber verpflichtet, was zu einer hohen Arbeitsbelastung führt („die rufen ja dann bei mir an“). Hingegen sehen sich die Bürgermeister:innen 4, 10, 15 und 16 durch die Pandemie kaum belastet, technische Neuerungen haben sogar zu einer Entlastung geführt:

10: [...] das sind jetzt wieder die positiven Dinge (lacht) ähm in der Pandemie, dass auch (...) Dinge jetzt über online Meetings relativ einfach möglich sind, und das wären auch Punkte, die man in der Zukunft durchaus auch, im gewissen Rahmen beibehalten sollte [...] (BM10, Pos. 4)

BM10 betont die „positiven Dinge“, welche die Corona-Pandemie mit sich gebracht hat, etwa den Ausbau und die Etablierung verschiedener digitaler Formate und von Online-Meetings. Humorvoll wird hervorgehoben, dass die Pandemie die Einführung technischer Neuerungen begünstigt und beschleunigt hat. Der große Vorteil verschiedener Online-Formate wird darin gesehen, dass zeitliche und finanzielle Ressourcen eingespart werden können, diese sollten daher beibehalten werden. Die Bürgermeister:innen sehen sich durch technische Möglichkeiten persönlich entlastet, der Corona-Pandemie können „positive Seiten“ (BM15, Pos. 8) abgewonnen werden. Zudem wird vor Ort kaum Mehrarbeit oder zusätzliche Arbeitsbelastung wahrgenommen, da die Maßnahmen zum Infektionsschutz weder von den Bürgermeister:innen getroffen noch durch die örtlichen Kommunalverwaltungen umgesetzt werden:

15: [...] als KOMMUNE waren wir jetzt nicht sehr betroffen, wir haben kein Gesundheitsamt, das liegt von den Zuständigkeiten her alles am Landratsamt, ähm das heißt außer ein bisschen Hygienekonzepte schreiben für unsere Einrichtungen hatten wir da nicht großartig Mehrarbeit [...] (BM15, Pos. 4)

Grundsätzlich ist für die direkte Pandemiebekämpfung das Gesundheitsamt zuständig, das dem übergeordneten Landratsamt angegliedert ist. Nach Ansicht von BM15 stellt die Corona-Pandemie somit weder für die Kommunalverwaltung noch für die eigene Arbeit als Bürgermeister:in eine besondere Belastung dar („nicht sehr betroffen“; „nicht großartig Mehrarbeit“). Ergänzend zu den aufgezeigten Positionen offenbaren die Gespräche mit den Bürgermeister:innen 2, 5, 12, 13, 17, 18 und 19 ein mittleres Maß an Belastung:

5: [...] wir haben also da schon ähm denke ich mit dem LANDKREIS zusammen wichtige Schritte ähm gehen / gehen müssen, muss man sagen, um diese Pandemie auch in unserer ähm auf / in unserer Region ähm möglichst zu handeln (BM5, Pos. 14)

Aus Sicht von BM5 erfordert die Corona-Pandemie, dass Bürgermeister:in, Kommunalverwaltung und die übergeordneten Kreisbehörden gemeinsam an der Durchsetzung der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie arbeiten. Die von BM5 gewählte Beschreibung mit „gehen müssen“ lässt auf eine empfundene Zwangslage schließen, der alle politischen Verantwortungsträger:innen ausgesetzt sind. Gleichzeitig wird deutlich, dass es nach eigener Wahrnehmung gut gelingt, in Zusammenarbeit mit den Kreisbe-

hörden die Auswirkungen der Pandemie zu organisieren („möglichst zu handeln“). Erkennbar wird ein mittleres Maß an Belastung: Daraus, dass vor Ort notwendige und gegebenenfalls unpopuläre Maßnahmen durchgesetzt werden müssen, ergeben sich Herausforderungen vor allem in Bezug auf die Funktion als lokale politische Verantwortungsträger:innen.

### 7.2 Erzählperspektiven der Gesprächspartner:innen

Die Gespräche zeigen, dass die Protagonist:innen die Belastung durch die Corona-Pandemie sehr unterschiedlich wahrnehmen und verschiedene Bezüge herstellen. Während einige Gesprächspartner:innen speziell an der Funktion als Bürgermeister:in anknüpfen, verweisen andere auf die persönliche Ebene, etwa wenn es sich um Beschimpfungen handelt. Aus den Gesprächen kann herausgearbeitet werden, dass die Wahrnehmung der Belastung mit drei grundsätzlichen Erzählperspektiven einhergeht: Die Gesprächspartner:innen positionieren sich fachlich als Bürgermeister:in (7.2.1), persönlich als Bürger:in (7.2.2) oder objektiv als Expert:in (7.2.3).

#### 7.2.1 Fachlich als Bürgermeister:in – „gerade als Bürgermeister“

In den Gesprächen mit den Bürgermeister:innen 2, 5, 8, 12, 13, 17, 18 und 19 fällt auf, dass die Erzählungen durch eine fachliche Perspektive als Bürgermeister:in geprägt sind. Die Gesprächspartner:innen erkennen Herausforderungen und Probleme der Corona-Pandemie, beziehen diese aber spezifisch auf das Amt als Bürgermeister:in:

12: [...] gerade als Bürgermeister einer so kleinen Stadt ist man ja auch ganz massiv [...] darauf angewiesen, mit den Menschen zusammen zu kommen und zu hören, was / was bewegt euch gerade, was ist notwendig, Kritik mitzunehmen, aufzunehmen [...] (BM12, Pos. 4)

BM12 stellt im Kontext der Corona-Pandemie fehlende Kontakte zu den Bürger:innen fest, bezieht diese Herausforderung jedoch spezifisch auf die Funktion des Amtes als Bürgermeister:in („gerade als Bürgermeister“). In der kleinen Kommune sieht sich BM12 davon abhängig, sich mit den Bürger:innen auszutauschen und persönlich zusammenzukommen („ganz massiv [...] darauf angewiesen“). Im Kontext der Corona-Pandemie sind durch die Kontaktbeschränkungen verschiedene Möglichkeiten des persönlichen Austausches nicht oder nur schwer möglich, diese Defizite werden

jedoch spezifisch auf die Amtsfunktion bezogen. Sachlich gesehen ist es als Bürgermeister:in entscheidend zu hören, was die Bürger:innen denken und welche Themen gerade aktuell sind. Aus dieser Perspektive werden zudem die Handlungsbereiche aufgezeigt, die in der Funktion als Bürgermeister:in bearbeitet werden können und müssen:

13: [...] sind halt vor allem die Bereiche gewesen, die in unserer Verantwortung liegen, also sprich halt auch Kindertageseinrichtung, Schule, Hort [...] hier mussten wir natürlich jetzt die ganzen ähm Situation natürlich mitmachen, dann war Schließungen, Öffnungen, ging ja immer mal hin und her, dann auch kurzfristige Öffnungen kurzfristige Schließungen [...] (BM13, Pos. 17)

BM13 erläutert die spezifischen Herausforderungen und Mehrarbeiten als Bürgermeister:in, welche die Corona-Pandemie verursacht hat. Neben dem fehlenden Kontakt zu den Bürger:innen werden vor allem verwaltungstechnische Aspekte thematisiert. Als Leiter:in der Verwaltung musste BM13 für die Durchsetzung der jeweils gültigen Vorschriften und Maßnahmen in den kommunalen Zuständigkeitsbereichen sorgen. Explizit werden „Kindertageseinrichtung, Schule, Hort“ genannt, da diese in direkter Verantwortung der Kommune liegen („unserer Verantwortung“). Im Kontext der Corona-Pandemie wird es als zentral angesehen, in der Funktion als Bürgermeister:in der zugewiesenen Verantwortung gerecht zu werden und die erlassenen Regelungen im eigenen Aufgaben- und Kompetenzbereich zu erledigen. In der dynamischen Pandemie-Situation sieht sich BM13 fachlich herausgefordert, denn besonders kurzfristige Maßnahmen wie Öffnungen und Schließungen müssen (verwaltungs-)technisch geregelt werden („immer mal hin und her“). Weiter zeigen die Gespräche, dass aus der fachlichen Perspektive als Bürgermeister:in Verständnis gegenüber den politischen Entscheidungsträger:innen der übergeordneten Ebenen aufgebracht wird, da diese im Kontext der Corona-Pandemie zwischen verschiedenen Optionen, Möglichkeiten und Zielen abwägen müssen:

2: [...] tauschen möchte ich momentan mit keinem (lacht) // I: mhm ja ja // also ähm d / die müssen momentan auch viel zu viel ähm zwischen Pest und Cholera entscheiden, also das ist / keine Entscheidung die momentan irgendwo gefällt wird ist immer / ist irgendwo eine befriedigende, das ist momentan, glaube ich, k / k / kein angenehmes Geschäft (BM2, Pos. 70)

BM2 hat erkennbar Verständnis für die politischen Entscheidungsträger:innen der übergeordneten Ebenen. In der Corona-Pandemie wird es als „kein

angenehmes Geschäft“ angesehen, wichtige Entscheidungen mit großer Tragweite zu treffen. Aus fachlicher Perspektive als Bürgermeister:in kann BM2 sehr gut nachvollziehen, dass jede Entscheidung schwer ist, da sie Nachteile und Folgeprobleme mit sich bringt und keine Entscheidung alle Bedürfnisse befriedigen kann („zwischen Pest und Cholera“). Erkennbar wird der Anspruch und die Fähigkeit, sich als Bürgermeister:in in den Entscheidungs- und Handlungsrahmen übergeordneter Verantwortungsträger:innen hineinzusetzen („tauschen“). Aus sachlicher Perspektive werden Verständnis für und Empathie mit den übergeordneten Entscheidungsträger:innen artikuliert, diese werden gegen Kritik und Anfeindungen verteidigt:

13: [...] das hat mich schon schockiert, wenn man dann jetzt, unser Ministerpräsident ist ja auch sehr aktiv, und wenn man da dann so liest, wie man so jemand persönlich angreift, ne (...) [...] lauter so persönliche Beleidigungen auch, ich meine (...) er macht ja nur auch seine Arbeit, ne und von den Einschränkungen ist er genauso betroffen [...] (BM13, Pos. 47)

BM13 äußert sich „schockiert“, dass der Ministerpräsident im Kontext der Corona-Pandemie Angriffen und Beleidigungen ausgesetzt ist. Aus sachlicher Perspektive entbehren die Anfeindungen dabei jeglicher inhaltlichen Grundlage, der Ministerpräsident wird als „sehr aktiv“ beschrieben und macht aus Sicht von BM13 lediglich seine Arbeit. BM13 zeigt sich überzeugt davon, dass der Ministerpräsident, so wie alle politischen Verantwortungsträger:innen, die nötigen Entscheidungen und Beschlüsse nach bestem Wissen und Gewissen trifft. Als (lokal-)politische Verantwortungsträger:in sieht sich BM13 eng mit dem Ministerpräsidenten verbunden („unser Ministerpräsident“) und fordert grundsätzlich Respekt gegenüber politischen Ämtern und eine Sachlichkeit von Kritik und politischen Debatten. Aus der fachlichen Perspektive als Bürgermeister:in begegnen die Gesprächspartner:innen 2, 5, 8, 12, 13, 17, 18 und 19 der Landes- und Bundespolitik mit Verständnis und Respekt, persönliche Beleidigungen und unsachliche Debatten werden verurteilt.

### 7.2.2 Persönlich als Bürger:in – „Blickwinkel [...] des normalen Bürgers“

Im direkten Kontrast zwischen den Gesprächspartner:innen wird deutlich, dass die Protagonist:innen 1, 3, 6, 7, 9, 11 und 14 die fachliche Position als Bürgermeister:in verlassen und persönlich als Bürger:in argumentieren:

1: ja, ich / ich sehe halt / sehe halt viele Sachen aus einem anderen Blickwinkel, ne, ich sag mal aus dem, sag ich mal, auch des (räuspern) normalen Bürgers noch [...] (BMI, Pos. 92)

BMI betont sehr offen, persönlich („ich“) die Sichtweise des „normalen Bürgers“ einzunehmen, um insgesamt einen „anderen Blickwinkel“ zu haben. Durch die spezifische Sichtweise des „normalen Bürgers“ dominiert eine persönliche Erzählperspektive, die fachlich-funktionale Perspektive als Bürgermeister:in wird verlassen. Die persönliche Positionierung dient den Gesprächspartner:innen vor allem dazu, persönliche Frustration und Unverständnis zu artikulieren:

1: [...] ich bin auch nicht unbedingt ähm zufrieden mit allen ähm Maßnahmen die ähm die / die Regierung getroffen hat [...] unbestritten wen es da trifft mit einer Gaststätte oder so, die da jetzt natürlich riesen Probleme haben [...] kann ich vollkommen nachvollziehen ähm wenn ich in der Situation wäre, wäre ich sicherlich auch wesentlich mehr verärgert ähm ja da hätte ich mir dann auch schon von der Regierung dort klarere Worte gewünscht [...] (BMI, Pos. 18)

Im Gespräch macht BMI deutlich, im Kontext der Corona-Pandemie mit einigen Maßnahmen der „Regierung“ persönlich sehr unzufrieden zu sein („ich“). Die Formulierung „wesentlich mehr verärgert“ offenbart, dass ein erhebliches Maß an persönlicher Frustration vorhanden ist. Aus persönlicher Perspektive kann BMI daher sehr gut nachvollziehen, wenn Bürger:innen mit den Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie unzufrieden und gegenüber der Regierung verärgert sind. Am Beispiel der Betreiber:innen von Gaststätten gilt Verständnis und Empathie nicht den politischen Entscheidungsträger:innen, sondern den wütenden Bürger:innen („vollkommen nachvollziehen“; „wenn ich in der Situation wäre“). Nach persönlichem Empfinden sieht BMI es als „unbestritten“ an, dass „die Regierung“ zu zögerlich agiert, schlecht kommuniziert und daher „klarere Worte“ angebracht sind. Damit verbunden wird der persönliche Eindruck geschildert, dass die eigene, lokale und bodenständige Perspektive mehr oder weniger irrelevant ist:

1: [...] die sitzen sonstwo, [...] die kennen den Ort gar nicht ähm und sollen aber ähm über uns bestimmen [...] (BMI, Pos. 86)

14: ich denke mal im Landkreis, oder im Freistaat (...) merkt das niemand [...] der weiß doch teilweise gar nicht, wo KOMMUNE liegt, oder

wo STADT liegt, der kommt einmal in seiner ganzen Legislaturperiode vielleicht [...] (BM14, Pos. 60)

Aus persönlicher Perspektive wird die Wahrnehmung artikuliert, dass seitens der übergeordneten Verantwortungsträger:innen ein großes Desinteresse an kommunalen Problemen besteht. Beklagt wird die grundsätzlich ignorante Haltung der Landes- und Bundespolitik: Es herrscht die Meinung, dass übergeordnete Politiker:innen weder eine Ahnung von noch ein Interesse an der lokalen Problemwahrnehmung haben („die sitzen sonstwo“; „die kennen den Ort gar nicht“; „der weiß [...] gar nicht, wo KOMMUNE liegt“; „der kommt einmal in seiner ganzen Legislaturperiode vielleicht“). Deutlich wird der Kontrast zwischen dem lokalen Blickwinkel („uns“) und den Perspektiven der übergeordneten Politiker:innen („die“; „der“). Die Gespräche zeigen, dass trotz des Amtes und der Funktion als Bürgermeister:in eine persönliche Perspektive eingenommen wird, um eigenes Unverständnis gegenüber den Verantwortungsträger:innen des Landkreises, vor allem aber auf Landes- und Bundesebene zu artikulieren. Gleichzeitig wird eine verständnisvolle Verbindung zu den Bürger:innen aufgebaut: Während „die Regierung“ (BM1, Pos. 18) als ein abstraktes und schwer greifbares Gebilde präsentiert wird, das mit der örtlichen Lebensrealität wenig zu tun hat, herrscht Verständnis gegenüber den normalen Bürger:innen der Kommune. Die Gesprächspartner:innen heben den gesunden Menschenverstand hervor und stellen dadurch Solidarität mit den Bürger:innen her:

14: [...] der Bürger hier unten, der einfache Bürger [...] hat ein ausgeprägtes Gerechtigkeitsempfinden, der Bürger hat / hat wirklich noch gesunden Menschenverstand, den er sich bewahren sollte [...] (BM14, Pos. 52)

BM14 identifiziert sich erkennbar mit der Sichtweise „der Bürger hier unten“ und der Perspektive der „einfache[n]“ Bürger:innen. Die Betonung von einfach und normal („normalen Bürgers“; BM1, Pos. 92; „Ottormalverbraucher“; BM9, Pos. 8) impliziert einen Kontrast zu den übergeordneten politischen Verantwortungsträger:innen, die nach Wahrnehmung der Gesprächspartner:innen zu weit von der Lebensrealität der Bürger:innen („hier unten“) entfernt sind. BM14 stellt heraus, dass sich die normalen Bürger:innen durch „gesunden Menschenverstand“ und ein bodenständiges Gerechtigkeitsempfinden auszeichnen. Die Hervorhebung von „noch“ („normalen Bürgers noch“; BM1, Pos. 92) zeugt zudem von der Ansicht, dass übergeordnete Politiker:innen nicht mehr nach Kriterien und Maßstä-

ben agieren, die als normal empfundenen werden. Insbesondere im Kontext der Corona-Pandemie wird deutlich, dass nach persönlicher Wahrnehmung der Gesprächspartner:innen viele Maßnahmen gegen den gesunden Menschenverstand verstoßen:

7: [...] ein Blumengeschäft zu zu machen [...] verglichen mit einem Aldi, wo alles rein rennt [...] und die sich dumm und dämlich verdient haben in der Pandemie [...] muss ich sagen da geht bei mir die Galle hoch, da muss ich sagen da hab ich / da verstehe ich / verstehe ich nichts mehr [...] (BM7, Pos. 30)

Deutlich wird ein intuitives Gerechtigkeitsempfinden, das von der Vorstellung geprägt ist, dass der gesunde Menschenverstand differenzierten Betrachtungen überlegen ist. So empört sich BM7 darüber, dass Discount-Märkte in der Corona-Pandemie geöffnet bleiben durften, während ein kleiner Blumenladen in der Kommune schließen musste. Aus persönlicher Sicht ist es für BM7 nicht nachvollziehbar, dass der Discounter ohne nennenswerte Einschränkungen öffnen durfte, obwohl er stark frequentiert war und kaum konsequente Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt wurden. Nach persönlicher Meinung von BM7 haben vor allem große Konzerne von den politischen Maßnahmen gegen die Pandemie finanziell profitiert („dumm und dämlich verdient“), während kleine und unabhängige Einzelhändler sehr stark eingeschränkt waren. Sichtlich ergriffen sucht BM7 nach Worten, um die eigene Meinung und das persönliche Gerechtigkeitsempfinden sehr direkt zu artikulieren („da muss ich sagen da hab ich / da verstehe ich / verstehe ich nichts mehr“). Dem gesunden Menschenverstand folgend ist es für BM7 unverhältnismäßig und nicht zielführend, kleine Gewerbetreibende in der Kommune gegenüber Großkonzernen zu benachteiligen. Mit der Aussage „da geht bei mir die Galle hoch“ artikuliert BM7 sehr offen und in drastischer Wortwahl den persönlichen Unmut. Durch die markanten Worte fällt die Kritik sehr persönlich aus und verfolgt keinen erkennbaren sachlich-konstruktiven Zweck. Insgesamt wird bei den Gesprächspartner:innen 1, 3, 6, 7, 9, 11 und 14 deutlich: Die persönliche Perspektive schafft Verständnis für die Bürger:innen und Distanz zu den übergeordneten politischen Verantwortungsträger:innen. Gleichzeitig wird persönlicher Unmut zum Ausdruck gebracht.

### 7.2.3 Objektiv als Expert:in – „man muss es in zwei Teile fassen“

Im Gegensatz zur persönlichen Positionierung als Bürger:in, aber auch im Unterschied zur fachlichen Perspektive als Bürgermeister:in berichten die Gesprächspartner:innen 4, 10, 15 und 16 sehr objektiv und distanziert aus einer Expert:innen-Perspektive:

16: [...] also man muss es in zwei Teile fassen, würde ich sagen, wir als Bürgermeister sind ja einerseits Leiter der Verwaltung, also diese internen Reglements, und dann so das äußere, was in der / im Dorf tatsächlich passiert [...] (BM16, Pos. 2)

Im Kontext der Corona-Pandemie bemüht sich BM16 um eine differenzierte Sichtweise. So wird etwa erörtert, dass die eigene Tätigkeit im kommunalen Amt „in zwei Teile“ differenziert werden muss. Deutlich wird somit eine objektive und distanzierte Perspektive: In dieser sieht sich BM16 zum einen als „Leiter der Verwaltung“ für verschiedene Regelungen verantwortlich, zum anderen muss dem, was tagtäglich in der kommunalen Gemeinschaft passiert („im Dorf“), Aufmerksamkeit gewidmet werden. Objektiv wird festgestellt, dass die Tätigkeit als Bürgermeister:in verschiedene Tätigkeitsfelder, Arbeitsbereiche und Kompetenzen umfasst. Die eigene Rolle als politischer/politische Verantwortungsträger:in wird sehr differenziert und distanziert beschrieben. Aus einer objektiven Positionierung als Expert:in werden positive und negative Aspekte der Pandemie möglichst ausgewogen dargestellt:

15: [...] also hatte jetzt nicht nur das Negative, den / also was natürlich wahnsinnig schwer wiegt, der geringe Kontakt zu den Bürgern, ähm sondern auch schon durchaus positive Seiten [...] (BM15, Pos. 8)

Aus objektiver Erzählperspektive als Expert:in legt BM15 besonderen Wert darauf, Vor- und Nachteile der Pandemie möglichst differenziert zu erörtern. So werden die Kontaktbeschränkungen und der geringe Kontakt zu den Bürger:innen als negative Begleiterscheinung der Pandemie anerkannt („das Negative“; „natürlich wahnsinnig schwer“). Im Sinne einer ausgewogenen Betrachtung werden den negativen Auswirkungen der Pandemie jedoch die positiven Entwicklungen, etwa der Ausbau digitaler Angebote, gegenübergestellt. Aus Expert:innen-Perspektive sind die Gesprächspartner:innen bemüht, Vor- und Nachteile der Pandemie differenziert abzuwägen sowie verschiedene Aspekte und Auswirkungen möglichst objektiv zu benennen und zu bewerten. Die objektive Erzählperspektive geht dabei mit

einer distanzierten Grundhaltung einher, denn Sinn und Zweck von Regeln und Vorgaben werden hinterfragt und Richtlinien nach eigenem Ermessen ausgelegt:

16: [...] darf jetzt diese Veranstaltung, diese Hochzeit, dürfen die jetzt 20 Personen, oder 30 Personen oder zehn oder gar niemand, oder nur das Brautpaar, [...] dann sage ich okay, dann / also ihr seid getestet, ihr seid geimpft, oder genesen, ob da jetzt zwei Leute mehr drin sitzen oder nicht, wenn das / die heiraten einmal in ihrem Leben (...) dann ist das halt so (...) (BM16, Pos. 38)

Im Gespräch mit BM16 wird ein pragmatischer und distanzierter Umgang mit verwaltungsrechtlichen Vorschriften deutlich, etwa bei den Auflagen für standesamtliche Trauungen während der Corona-Pandemie. Dazu wird die Gesamtsituation möglichst objektiv als Expert:in eingeordnet, um verschiedene Aspekte, Interessen und normative Zielkonflikte genau darzustellen und deren Auswirkungen für das eigene Handeln vor Ort beurteilen zu können. So muss den Bürger:innen zugestanden werden, dass eine Hochzeit ein einmaliges und ungewöhnliches Ereignis ist, das daher möglichst feierlich und ohne Einschränkungen ablaufen sollte. Gleichzeitig herrscht grundsätzlich Verständnis für die Notwendigkeit geltender Regelungen etwa mit Blick auf den sogenannten 3G-Status („getestet“, „geimpft“, „genesen“). Als neutraler/ neutrale Expert:in relativiert BM16 die geltenden Bestimmungen jedoch teilweise, um sie im kommunalen Alltag pragmatisch und mit Augenmaß anzuwenden. Im Vordergrund steht die individuelle Abwägung von Sinn und Zweck: Objektiv wird es als völlig ausreichend angesehen, wenn im konkreten Fall der Hochzeit der 3G-Status eingehalten wird. Dagegen betrachtet es BM16 als unerheblich, wie viele Personen bei der Trauung anwesend sind. Geltende Bestimmungen über die genaue Anzahl der teilnehmenden Personen werden nach eigenem Ermessen ausgelegt und angewandt. Regelungen werden zwar grundsätzlich berücksichtigt, jedoch mit einer gewissen Distanz eingeordnet, hinsichtlich ihres Zwecks hinterfragt und die Nichtbeachtung offen in Kauf genommen („dann ist das halt so“). Die Perspektive als Expert:in sorgt dafür, dass die Gesprächspartner:innen 4, 10, 15 und 16 weder in persönliche Frustration verfallen noch rein fachlich sich über das Amt als Bürgermeister:in definieren. Der distanzierte Blick stellt die individuelle Beurteilung über Sinn und Zweck in den Vordergrund, wodurch Handlungsspielraum für eine pragmatische Regelauslegung geschaffen wird.

7.3 Zusammenfassung: Drei kommunikative Strategien

Im Kontext der Corona-Pandemie nehmen die Gesprächspartner:innen die Belastung unterschiedlich wahr: Während einige der Bürgermeister:innen eine hohe und auch persönliche Belastung empfinden, können andere der Pandemie positive und sogar entlastende Aspekte abgewinnen. Die wahrgenommene Belastung geht dabei mit einer charakteristischen Erzählperspektive einher: Die Gesprächspartner:innen argumentieren persönlich als Bürger:in, fachlich als Bürgermeister:in oder objektiv als Expert:in. Insgesamt wird deutlich, dass die Gesprächspartner:innen die Erzählung „verpersönlichen“, „verfachlichen“ oder „verobjektivieren“. Die Übergänge zwischen diesen Positionen sind fließend und wechseln zum Teil während der Gespräche, dennoch ist in jedem Gespräch jeweils eine prägende und charakteristische Positionierung erkennbar (siehe Abb. 26).

Abbildung 26: Positionierungen in der Gesprächssituation

	Verpersönlichen	Verfachlichen	Verobjektivieren
Belastung in der Corona-Pandemie	hoch	mittel	gering
Erzählperspektive der Gesprächspartner:innen	persönlich als Bürger:in	fachlich als Bürgermeister:in	objektiv als Expert:in
Bürgermeister:innen	1, 3, 6, 7, 9, 11, 14	2, 5, 8, 12, 13, 17, 18, 19	4, 10, 15, 16

Eigene Darstellung

Die Gesprächspartner:innen 1, 3, 6, 7, 9, 11 und 14 „verpersönlichen“ das Gespräch und nehmen explizit eine persönliche Erzählperspektive als Bürger:in ein. Im Kontext der Corona-Pandemie wird die persönliche Belastung als hoch empfunden, zudem solidarisieren sich die Gesprächspartner:innen aktiv mit der Perspektive des „normalen Bürgers“ (BM1, Pos. 92). Es herrscht Verständnis für die „einfache[n] Bürger“ (BM14, Pos. 52) und „Ottonormalverbraucher“ (BM9, Pos. 8). Aus „verpersönlichter“ Position können Wut und Ärger der Bürger:innen nachvollzogen und auch eigene Frustration und Verärgerung gegenüber den Verantwortungsträger:innen auf den höheren politischen Ebenen artikuliert werden.

Die Bürgermeister:innen 2, 5, 8, 12, 13, 17, 18 und 19 „verfachlichen“ die Erzählung und stellen die eigene Wahrnehmung spezifisch aus der sachlich-funktionalen Position als Bürgermeister:in dar. Im Kontext der

Corona-Pandemie wird ein mittleres Maß an Belastungen sichtbar, die Herausforderungen werden jedoch fachlich auf den Arbeitsalltag als Bürgermeister:in bezogen. Aus „verfachlichter“ Position wird Empathie mit den Entscheidungsträger:innen der übergeordneten politischen Ebenen artikuliert. Beschlüsse werden erklärt und gegen Kritik verteidigt, insgesamt wird eine Versachlichung von politischen Debatten eingefordert.

Die Gesprächspartner:innen 4, 10, 15 und 16 „verobjektivieren“ die Erzählung und berichten aus einer möglichst objektiven und distanzierten Expert:innen-Perspektive. Im Kontext der Corona-Pandemie wird die eigene Rolle neutral erörtert und verschiedene Aspekte werden ausgewogen einander gegenübergestellt. Aus „verobjektivierter“ Position werden geltende Regeln distanziert-kritisch beurteilt. Der Sinn und Zweck von Maßnahmen wird individuell beurteilt, entsprechend werden diese sehr pragmatisch ausgelegt und im kommunalen Alltag selektiv umgesetzt.

In den spontanen Erzählungen offenbaren die Gesprächspartner:innen jeweils eine charakteristische Positionierung. Im Sinne der Grounded-Theory-Methodologie<sup>447</sup> sind durch die Positionierungen in den Gesprächssituationen Rückschlüsse auf die Interaktions- und Handlungsmuster der Bürgermeister:innen möglich. Indem rekonstruiert wird, ob die Gesprächspartner:innen die Gesprächssituation verpersönlichen, verfachlichen oder verobjektivieren, können die individuellen Perspektiven der Bürgermeister:innen differenzierter nachvollzogen werden (siehe Abb. 27).

Da die drei Positionierungen in der spontanen Reaktion auf die Erzählaufforderung sichtbar werden, kann darauf geschlossen werden, dass sie einen prägenden Bestandteil der Perspektive der Bürgermeister:innen bilden. Die kommunikativen Strategien werden im Kontext der Corona-Pandemie deutlich, ermöglichen darüber hinaus jedoch insgesamt ein besseres Verständnis für die Argumentationen der Gesprächspartner:innen. Insbesondere wird erkennbar, dass die persönlichen Positionierungen mit den nicht erfüllten Erwartungen zusammenfallen: Die „ohnmächtigen“ (BM 1, 7, 9 und 11) und die „eingeschränkten“ (BM 3, 6 und 14) Bürgermeister:innen verpersönlichen das Gespräch. Die charakteristischen Positionierungen in der Gesprächssituation erlauben somit differenzierte Rückschlüsse auf die individuellen Perspektiven der Bürgermeister:innen. Im nächsten und abschließenden Analyseschritt wird das Zusammenspiel aller bisher

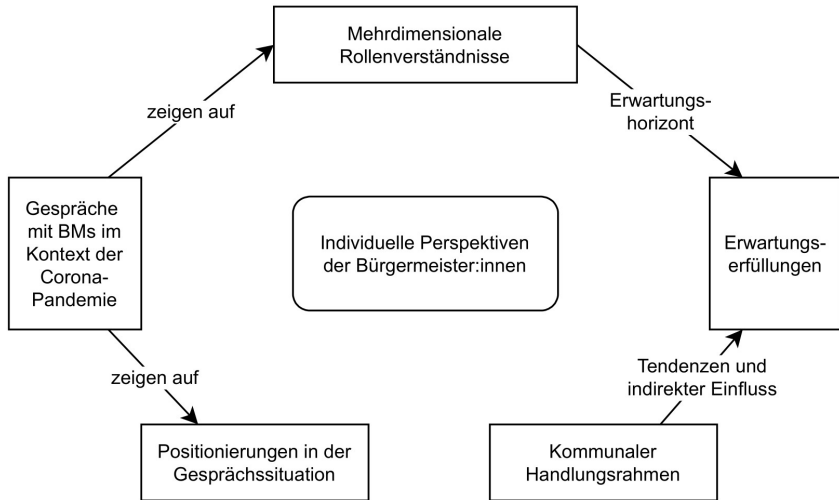
---

447 Vgl. Strübing (2021), S. 27.

## 7. Positionierungen in der Gesprächssituation

identifizierten Kategorien betrachtet, um charakteristische Muster herauszuarbeiten und typologisch zu ordnen.

Abbildung 27: Analysemodell Schritt IV – Positionierungen



Eigene Darstellung